

17. September 2019

Offener Brief

Klimakrise: Mercosur-Abkommen soll nicht ratifiziert werden

Internationales Bündnis fordert Abgeordnete zur Ablehnung des EU-Mercosur-Handelsabkommens auf

Sehr geehrte Mitglieder des EU-Unterausschusses!

Wir, INCUPO aus Argentinien sowie Welthaus Diözese Graz-Seckau und die Dreikönigsaktion sowie 36 weitere Organisationen aus Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Österreich wenden uns betreffend des EU-MERCOSUR-Assoziationsabkommens an Sie. Wir fordern Sie auf, dieses Abkommen nicht zu ratifizieren, da in der vorliegenden Form des Abkommens Menschenrechtsverletzungen sowie Verstöße gegen Umwelt- und Klimaschutz nicht sanktionierbar sind.

Am 28. Juni 2019 wurde zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten ein „[agreement in principle](#)“ beschlossen. Diese Vereinbarung sieht die weitgehende Liberalisierung des Handels zwischen der EU und dem MERCOSUR vor. Im Bereich der Agrargütermärkte wird die EU 82 Prozent zur Gänze öffnen und in den übrigen Bereichen partielle Liberalisierungen vornehmen. Derzeit sind in den MERCOSUR-Ländern massive Verschlechterungen bei Menschenrechten, Klima- und Umweltschutz zu beobachten. Angriffe auf Menschen, die ihr Land oder ihre natürlichen Ressourcen verteidigen, nehmen in allen MERCOSUR-Staaten zu. Insbesondere indigene Bevölkerungsgruppen werden zunehmend marginalisiert, diskriminiert und sind massiver Gewalt ausgesetzt. Von den 365 LandrechtsaktivistInnen, UmweltschützerInnen und Indigenenⁱ, die in den letzten zwei Jahren ermordet wurden, kam die Mehrheit aus Lateinamerika. Allein in Brasilien wurden im Jahr 2017 71 und im Jahr 2018 28 Menschenrechtsverteidiger getötet.ⁱⁱ

Zudem kommt es derzeit zu erheblichen ökologischen Verschlechterungen. Die Intensivierung und Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion erhöht den Druck auf wertvolle Ökosysteme und Lebensräume. Davon ist nicht nur der Amazonas betroffen, sondern auch andere Regionen wie etwa der Cerrado oder der Gran Chaco. So wurden in Brasilien allein im ersten Halbjahr 2019 mehr als 4300 km² Wälderⁱⁱⁱ abgeholzt. Laut FAO zählen auch Argentinien und Paraguay^{iv} zu den Ländern, die die höchsten Entwaldungsraten weltweit aufweisen.

Die derzeitige wirtschaftliche und politische Situation – vor allem in Brasilien und Argentinien – trägt auch zu einem erneuten Ansteigen von Armut und Hunger bei. Besonders betroffen sind davon Menschen in ländlichen Regionen. Die Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe – wie jüngst von Hilal Elver, der UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung eingefordert – würde zur Verbesserung der Versorgung der lokalen Bevölkerung beitragen. Derzeit leben etwa in Argentinien mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in Armut. Fast 30 Prozent der Kinder sind mangelernährt und 13 Prozent leiden Hunger. Das Assoziationsabkommen hingegen begünstigt ein agroindustrielles Modell, das auf den Export von Agrargütern ausgerichtet ist. Auch in Österreich und innerhalb der EU werden die Konsequenzen von EU-MERCOSUR spürbar: Durch den Abschluss des Abkommens wird vor allem die familiäre Landwirtschaft noch stärker unter Druck kommen und massiven Änderungen unterworfen.

Dieses Übereinkommen beinhaltet zwar bestimmte Vereinbarungen hinsichtlich der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards. Diese sind aber nicht mit den notwendigen Sanktions- und Durchsetzungsmechanismen verknüpft. Als zivilgesellschaftliche Organisationen aus Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Österreich haben wir zum

vorläufigen Abschluss der Gespräche zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund unter anderem deshalb große Bedenken. Wir fordern daher, dass das Abkommen in der vorliegenden Form nicht ratifiziert wird.

Folgende Punkte müssen zwingend vor einer etwaigen Ratifizierung gesichert sein:

- Menschenrechte und Nachhaltigkeit: Folgenabschätzungen müssen etabliert werden. Klauseln, die die Einhaltung internationaler Arbeits-, Umwelt-, und Menschenrechtsnormen vorschreiben, müssen Vorrang vor den handelspolitischen Vereinbarungen genießen.
- Monitoring: Instanzen, die partizipativ gestaltet und gut operationalisierbar sind, müssen eingeführt werden.
- Beschwerdemechanismen: Die Etablierung von leicht zugänglichen Beschwerdemechanismen ist dringend notwendig.
- Sanktionsmechanismen: Die Nichteinhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards (z.B. Pariser Klimaabkommen) muss materiell sanktionierbar sein.
- Transparenz: Alle Dokumente müssen interessierten Gruppen – vor allem zivilgesellschaftlichen Gruppen – zugänglich gemacht werden und einer ständigen Überprüfung mit den Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsverpflichtungen unterworfen werden.

Die Liberalisierung von Märkten darf keinen höheren Stellenwert als Menschenrechte und Umweltschutz genießen. Gerade die Öffnung der Agrarmärkte begünstigt agroindustrielle Produktion, die nachweislich im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und Zerstörung von Ökosystemen steht. Sollte in diesem Bereich keine Menschenrechtskonformität gesichert werden können, so muss zwingend von weiteren Liberalisierungsschritten im Bereich der Landwirtschaft Abstand genommen werden. Eine Ratifizierung des Assoziationsabkommens ohne Einhaltung und Erfüllung der oben angeführten Mindestanforderungen würde dem Menschenrechtsanspruch der Europäischen Union zuwiderlaufen und kann nicht akzeptiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Markus Meister, MA
Welthaus Diözese Graz-Seckau im Namen aller UnterzeichnerInnen

UnterzeichnerInnen:

- ACINA – ASAMBLEA CAMPESINO INDÍGENA DEL NORTE DE ARGENTINO, Argentinien (Dachverband von 60 Indigena- und Bauernorganisationen der Provinzen Catamarca, Cahaco, Formosa, Santiago del Estero, Corrientes, Salta, Nord-Santa Fe)
- Afro-Asiatisches Institut Graz
- Argentinische Plattform Mercosur Social y Solidario
 - CANOA: Habitat popular
 - ACCIÓN EDUCATIVA: Educacion Popular de Santa Fe
 - FEC: Fundación ecuménica de Cuyo
 - INDESA Mujeres: Instituto de estudios jurídico- sociales de las Mujeres
 - CENTRO NUEVA TIERRA
- Bio Ernte Steiermark
- Brasilianische Plattform Mercosur Social y Solidario
 - ASESOAR: Asociación de Estudios, orientación y asistencia rural
 - CEDAC: Centro de acción comunitaria
 - CENTRAC: Centro de acción cultural
- Caritas Österreich
- Chilenische Plattform Mercosur Social y Solidario
 - ECO: Educación y comunicación
 - Red chilena contra la violencia hacia la mujer
- Dreikönigsaktion - Hilfswerk der Katholischen Jungschar

- ENERGYPEACE
- GLOBAL 2000
- GLOBALE VERANTWORTUNG - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
- HORIZONT3000
- INCUPO: Instituto de Cultura Popular
- Katholische Frauenbewegung Österreichs
- Klimabündnis Österreich
- Konferenz der kirchlichen Umweltbeauftragten Österreichs
- Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
- Missio - Päpstliche Missionswerke in Österreich
- NeSoVe - Netzwerk Soziale Verantwortung
- ÖBV-Via Campesina Austria
- Paraguayische Plattform Mercosur Social y Solidario
 - DECIDAMOS: Campaña por expresión ciudadana
 - CDE: Centro de documentación y estudios
 - SEPA: Servicio Ecuménico de promoción Alternativa
- plan:g - Partnerschaft für globale Gesundheit
- Plattform Footprint
- Südwind Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit
- Welthaus Österreich
 - Welthaus Diözese Graz-Seckau
 - Welthaus Diözese Gurk-Klagenfurt
 - Welthaus Diözese St. Pölten
 - Welthaus Innsbruck
 - Welthaus Katholische Aktion Wien
 - Welthaus Linz

Beschreibung der InitiatorInnen:

INCUPO arbeitet in fünf nordargentinischen Provinzen und setzt sich für die Rechte von Kleinbauern und Indigenen und gegen die zunehmende Zerstörung von Lebensgrundlagen ein. INCUPO stärkt die Position von indigenen Organisationen durch gezielte Vernetzung, Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien und einen in der Öffentlichkeit geführten Diskurs über die Konflikte um Land und den Lebensraum.

Welthaus Graz ist die entwicklungspolitische Einrichtung der Katholischen Kirche Steiermark. Die zentrale Aufgabe von Welthaus ist der Einsatz für Menschenwürde und Gerechtigkeit weltweit. In Entwicklungsländern unterstützt Welthaus mit Mitteln des steirischen Kirchenbeitrags vorwiegend Projekte, die die Armut in ländlichen Regionen verringern und die Menschenrechtssituation verbessern.

Die **Dreikönigsaktion** ist neben der Koordination der österreichweiten Sternsingeraktion für die fachlich fundierte Vergabe der gesammelten Spendengelder zuständig. In rund 500 Projekten werden über eine Million Menschen in den Armutsregionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas direkt erreicht. Dabei arbeitet die Dreikönigsaktion mit zuverlässigen Partnerorganisationen vor Ort zusammen.

ⁱ 2017 wurden 201 und 2018 164 LandrechtsaktivistInnen, Umweltschützer und Indigene ermordet. (<https://www.globalwitness.org/en/es/>, <https://www.derstandard.at/story/2000106929869/mehr-als-160-naturschuetzer-mussten-2018-mit-ihrem-leben-bezahlen>)

ⁱⁱ <https://www.cptnacional.org.br/component/jdownloads/download/66-other-languages-releases/14131-de-release-die-anzahl-der-an-landkonflikten-beteiligten-personen-erhoeht-sich-und-wasserkonflikte-erreichen-2018-einen-neuen-rekord-cpt-pressereferat>

ⁱⁱⁱ <https://www.cptnacional.org.br/component/jdownloads/download/66-other-languages-releases/14131-de-release-die-anzahl-der-an-landkonflikten-beteiligten-personen-erhoeht-sich-und-wasserkonflikte-erreichen-2018-einen-neuen-rekord-cpt-pressereferat>

^{iv} <http://www.fao.org/3/a-i4793e.pdf>